

## **Pressemitteilung der Senioren-Union der CDU Nr. 22/2009:**

### **Senioren-Union: Nur hohe Wahlbeteiligung verhindert rot-rot**

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU Deutschlands, Prof. Dr. Otto Wulff, hat die ältere Generation zu einer "überdurchschnittlich hohen" Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland sowie bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 30. August aufgerufen. "Wir Älteren, die noch die Erfahrung von Diktatur und Unfreiheit haben, müssen an diesem Wahlsonntag ein Zeichen setzen: Nie wieder dürfen Postkommunisten, ehemalige Stasi-Spitzel, Vertreter der SED-Nachfolgepartei, die einen großen Teil unseres Landes ruiniert und vielen Menschen großes Leid zugefügt haben, in einer Koalition wieder über das Schicksal eines Landes oder einer Stadt mitentscheiden dürfen."

Sein Appell zu einer hohen Wahlbeteiligung richte sich ausdrücklich auch an "bisher sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler" seiner Generation, betonte Wulff. Sie sollten dem leichtfertigen Gerede des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier von angeblich "neuem Schwung" für die Bundestagswahl nicht glauben, wenn auf Landesebene und in Städten und Gemeinden die SPD die Gemeinsamkeit mit Postkommunisten beschwöre..

Wulff: "Wer Sozialdemokrat über 60 ist und wer noch Kurt Schumacher erlebt hat, wer an die Inhaftierung und Verfolgung seiner Parteigenossen, den Mauerbau 1961 und die permanente Bespitzelung jedes Andersdenkenden zurückdenkt, der kann unter diesen Vorzeichen nicht mehr SPD wählen!" Offenkundig habe die SPD-Führung aus dem Hessen-Debakel mit der "Massen-Flucht aus einer Rot-Rot-SPD" nichts gelernt.

Bezeichnend sei auch das Eingeständnis der nordrhein-westfälischen SPD-Landesvorsitzenden Hannelore Kraft, dass Vertreter ihrer Partei schon seit vielen Wochen in NRW-Städten und -Gemeinden Gespräche über künftige Kooperationen in den Stadträten mit der Linkspartei führten. "Da das NRW-Wahlgesetz keine Fünf-Prozent-Klausel kennt, wird hier der Versuch unternommen, mit Splittergruppen nachträglich klare Wahlergebnisse zu verfälschen. Diese Rot-Rot-SPD in ihrer gegenwärtigen Verfassung ist für Menschen unserer Generation, die den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat aufgebaut haben, nicht mehr wählbar."

Berlin, 25.08.2009